

**24.6.2016**

**HRK-Präsident zum Brexit: Tiefer Einschnitt auch für die Hochschulen**

„Auch für die Hochschulen stellt der Brexit einen tiefen Einschnitt dar“, so der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Prof. Dr. Horst Hippler, heute in Berlin zu dem gestrigen Votum für einen Ausstieg Großbritanniens aus der Europäischen Union.

„Die Konsequenzen treffen die britischen Hochschulen schwer und mit ihnen den gesamten europäischen Hochschul- und Forschungsraum. Wir müssen uns auf eine schwierige Übergangszeit einstellen. Denn es stehen nun umfangreiche Verhandlungen über die Konditionen für die Einbeziehung des Vereinigten Königreichs in europäische Förder- und Austauschprogramme an.

Gerade auch für die deutschen Hochschulen und die Hochschulrektorenkonferenz markiert der Brexit eine schmerzhaft Zäsur. Wir unterhalten in jeder Hinsicht besonders enge Beziehungen zu Großbritannien. So teilen wir zentrale Grundsätze wie die Überzeugung, dass die europäische Forschungsförderung sich ausschließlich an Qualitätskriterien zu orientieren hat. Die Partnerschaften in der Forschung, der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind sehr lebendig und haben positive und nachhaltige Effekte für die Volkswirtschaften und das gegenseitige Verständnis. Wir werden alles tun, um die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen in Großbritannien, Deutschland und der gesamten EU möglichst unvermindert fortzusetzen.

Unsere Hoffnung ist, dass durch Abkommen zwischen der EU und Großbritannien in absehbarer Zeit wieder eine Basis geschaffen wird, auf der die wissenschaftlichen Kooperationen und der Studierendenaustausch weiter die nötige Förderung erfahren. Unser Appell geht an die politisch Verantwortlichen, trotz der anti-europäischen Entscheidung zu tragfähigen Vereinbarungen zu kommen, um den Schaden für den europäischen Hochschulraum so gering wie möglich zu halten.“

Die britische Rektorenkonferenz Universities UK und die HRK hatten sich anlässlich des Treffens ihrer Präsidien erst am 2. Juni vehement gegen einen Brexit ausgesprochen.